

CSV sagt Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien!

Zürich 5.1.2012

Die CSV Kanton Zürich sagt Ja zum Freihandelsabkommen mit Indonesien. Sie ist überzeugt, dass mit Anreizen zur Nachhaltigkeit und einem verstärkten Engagement der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit mit Indonesien mehr erreicht werden kann, als mit einem simplen Nein und damit einer Verweigerung der Debatte um eine nachhaltigere Palmölproduktion.

Am 7. März stimmen wir über das umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA und Indonesien ab. Kritik am Palmölanbau und generelle Kritik am Freihandel waren der Anlass, das vom Parlament erstmals zugelassene Referendum gegen ein Freihandelsabkommen (FHA) zu ergreifen.

Die CSV Kanton Zürich hat sich vertieft mit dem Abkommen und den detaillierten Bestimmungen zum Palmölimport auseinandergesetzt und kommt zum Schluss, dass das Abkommen zur Nachhaltigkeit beiträgt und ein wichtiger Schritt in Richtung einer sozialeren und nachhaltigeren Freihandelspolitik ist. Im Bereich des Palmölimports schafft das Abkommen keinen Freihandel, sondern setzt einzig einen Anreiz in Form einer Zollreduktion von 20-40% für eine limitierte Importmenge von max. 12'500 Tonnen Palmöl, produziert nach RSPO-Standard, dem aktuell nachhaltigsten industriellen Palmölstandard.

Die CSV Kanton Zürich anerkennt die Probleme im Bereich der Nachhaltigkeit in der Palmölproduktion. Es ist jedoch nicht die Pflanze selbst, welche das Problem darstellt. Palmöl generiert einen Ertrag pro Quadratmeter, welcher rund 3 bis 4 Mal so hoch ist wie für alle anderen konventionellen Nutzpflanzen, insbesondere auch als Raps, dem Schweizer Öl mit ähnlichen Eigenschaften.

Im bevölkerungsreichen Indonesien mit 260 Mio Einwohnern leben 17 Mio Menschen von der Palmölproduktion. Es sind die Ärmsten in diesem Land der Tropen, die von der Landwirtschaft leben. Müssten sie auf andere Produkte umsteigen, müssten sie, um ihr Lebens Einkommen aufrechtzuerhalten, ihre Anbauflächen vergrössern und weitere Regenwaldgebiete roden, was die Artenvielfalt und das Ökosystem noch stärker bedrohen würde.

Die grössten Nachfrager nach Palmöl sind nicht Länder wie die Schweiz, sondern Grossabnehmer wie China, Indien und die USA. Sagen wir Nein zum FHA, wird das in Indonesien nicht zu einer nachhaltigeren Palmölproduktion führen. Denn bricht die Nachfrage nach nachhaltiger produziertem Palmöl ein, besteht für indonesische Palmölbauern keine Grundlage mehr für den nachhaltigeren Anbau. Es ist dann für die lokalen Bauern schlicht nicht mehr attraktiv, unter den erhöhten und für sie teureren Konditionen des RSPO-Nachhaltigkeitsstandards zu produzieren. Sie werden sich stattdessen an konventionellen Märkten wie China und den USA orientieren.

Fakt ist also: Sagen wir Nein zum FHA mit Indonesien, sagen wir Nein zu einem finanziellen Anreiz, nachhaltigeres Palmöl zu produzieren und zu importieren.

Es ist somit im Interesse der Schweiz indonesische Bestrebungen zu einer nachhaltigeren Produktion von Palmöl zu fördern: In einem ersten Schritt mit einem Ja zu diesem Abkommen.

Wir regen des Weiteren an, dass die Schweiz ihr Entwicklungsengagement in Indonesien in Richtung einer Stärkung der Bestrebungen für eine nachhaltigere Palmöllandwirtschaft verstärken sollte. Hierüber hinaus gilt es die Schweizer Konsumenten für die Nachhaltigkeitsaspekte zu Palmöl zu sensibilisieren, bspw. durch ein Palmölproduktlabel.

CSV Kanton Zürich

Kontakt: Dr. Kathy Riklin, ehem. Nationalrätin CVP, Zürich, Tel. 079 272 74 76